

Die Tageszeitung

Berlin, 21. März 1930
Freitag Abend

Verlag: Dr. Fritz Klein, Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 68, Ritterstraße No. 30.



Die 'DAZ' erscheint wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis:
monatlich 4.20 RM. (in Berlin eigene Belegausstellung).

69. Jahrgang
Nr. 136
13. 3. 30

Severings Kampf gegen die Länder

Antwort des Reichsinnenministers an Thüringen — Die sozialistische Parallelation im Reichsrat

Durch Hungerblockade zur Reichsreform

Der sozialistische Angriff auf die Länder geht weiter. In beständigem Zusammenhang mit den Vorkämpfen im Reichsrat, die den Anfang einer einseitigen Entfaltung mündelnden der freien und mündigen Länder darstellen, legt der Reichsinnenminister Severing seine Kampagne gegen Thüringen fort, wobei deutlich zu erkennen ist, daß die notwendige sozialistische Regierungsbildung ihm nur eine Handhabe bietet, um die Länder und auch gewisse Parteien seine Macht fühlen zu lassen.

gleichzeitig auf den Parteilag der Deutschen D. P. S. Partei Einbruch gemacht werden soll, so wird dieser Versuch fehlschlagen.
Beimar, 21. 3.
Das thüringische Staatsministerium hat aus Anlaß des Konflikts, mit dem Reichsinnenminister Severing in einem Schriftsatz an das thüringische Volk erklärt, in dem es u. a. heißt:
„Als am Anfang dieses Jahres die Landesregierung die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, gab sie in der ersten Erklärung, mit der sie vor das thüringische Volk trat, das Versprechen ab, mit jedem Willen und ohne Hehnen alles daran zu setzen, um die von der Mehrheit der Thüringer gewünschte politische Selbständigkeit unseres engeren Vaterlandes zu erhalten. Trotz mancher in den verschiedenen politischen Anschauungen der Sozialdemokraten begründeten Mahnungen überlassen und trotz mancher Zwischenfälle waren die Regierungs- und Regierungsgeschäfte einig und entschlossen, sich von der Einseitigkeit des Versprechens nicht abbringen und durch nichts brechen zu lassen.

(Schwerster Arbeit um die Lebensinteressen des Thüringer Volkes unternimmt es der Sozialdemokratische Partei angehörende Reichsinnenminister Severing ohne jede haltbare Begründung und unter Missachtung der getroffenen Vereinbarungen in den gebührenden Fortgang der Thüringer Regierungsgeschäfte einzugreifen, und hindert in einem Schreiben an die Landesregierung die Zurückhaltung von beträchtlichen dem Lande zu fließenden Mitteln an. Die Landesregierung hat in der Beschlusse Sitzung vom 20. März, dem Tage des Einganges des Schreibens, in einer Erklärung diese Maßnahme des Reichsinnenministers mit aller Entschiedenheit als unzulässig und als der Form und dem Inhalt nach befremdlich und nicht länger zurückzugeben.

Dr. Scholz vor dem Zentralvorstand

Der 8. Reichsparteitag der D. P. S.

Von unserem Sonderberichterstatter

Am 8. Reichsparteitag der Deutschen D. P. S. Partei vor dem Zentralvorstand der Partei zusammen, in dem zum ersten Male Minister a. D. Scholz als Parteiführer über die Politik der Deutschen D. P. S. Partei und die neuen wichtigen Aufgaben der Zukunft referierte. Der letzte Zentralvorstandssitzung vom 14. Dezember 1929, die die Wahl von Scholz als Nachfolger des verstorbenen Dr. Stresemann vornahm, hatte Scholz infolge seiner Krankheit nicht teilnehmen können.
Scholz sprach etwa 1 1/2 Stunden, und die Versammlung folgte ihm mit regem Interesse, was zahlreiche Jurufe beweisen. Der Hauptaussatz im Scholzpartei war überfüllt, und besonders zahlreich erschienen Vertreter aus dem besetzten Gebiet, aus Ostpreußen und aus den verlorebenen Provinzen; vor allem war auch die hochbegabte Witwe Ernst Raffermans erschienen, dessen neues Denkmal am kommenden Sonntag feierlich eröffnet werden wird. Es wurde beschlossen, durchzutagen und die große politische Aussprache, die eine Klärung der Aufstellungen bringen und eine einheitliche Willensbildung erzeugen soll, nach Möglichkeit am frühen Nachmittag zu Ende zu führen.

Cardieu und Briand

verchieben die Rückkehr nach London

„Entfüllungen“ der Pariser Presse

verlassen werde, so daß nur noch Kolonialminister Briclet in London zurückbleibe.
In Mailand, 21. 3. (Eigenbericht)
Bietet das Urteil über die Londoner Konferenzausdehnung in Paris befähigt, so können diese bei den Italienern angelehnt der gegebenen Lage gar nicht anders als zuverfüllig betrachtet werden, zwar nicht für die Konferenz selbst, sondern vielmehr für den italienischen Staatsbankrott.
Der „Corriere della Sera“ schreibt: „Die italienische Delegation berät über ihren feindlichen Abzug aus der zugleich ein Grenzfall ist.“ In einem Zeitartikel wendet sich die Zeitung mit aller Schärfe gegen die Berechnungen und Verbindungen, die von der Pariser Presse teils aus angelegener Einnahme und teils aus unüberwindlichen und unantastbaren Interessen gegen Italien gerichtet werden.

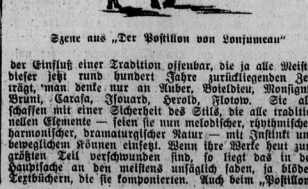
Abchiedsbesuch des rumänischen Gesandten bei Hindenburg

Der königlich rumänische Gesandte Nicolas B. Comnen ist von hier abberufen worden. Die Abberufung des rumänischen Gesandten ist ein Zeichen der Distanzierung der rumänischen Regierung von der rumänischen Regierung in Bukarest.
Der rumänische Gesandte Nicolas B. Comnen ist von hier abberufen worden. Die Abberufung des rumänischen Gesandten ist ein Zeichen der Distanzierung der rumänischen Regierung von der rumänischen Regierung in Bukarest.

„Der Postillon von Conjeumeau“

Staatsoper Unter den Linden

Das tägliche Nebenhandereignis von drei Opernhäusern hat auch einen Vorteil: es befreit uns, bei der dramatischen Suche nach Neoproprietäten, die Wiederholung von Werken, die uns mit mehr oder weniger Recht zum Inhalt kommen.
Die Reichsoper Unter den Linden hat den „Postillon von Conjeumeau“ im Jahre 1907 gespielt — die letzte Neuinszenierung gibt Gelegenheit, das Werk unter völlig verschiedenen Umständen und allgemeinen künstlerischen Aspekten auf sich wieder zu lassen.
Die Staatsoper Unter den Linden hat den „Postillon von Conjeumeau“ im Jahre 1907 gespielt — die letzte Neuinszenierung gibt Gelegenheit, das Werk unter völlig verschiedenen Umständen und allgemeinen künstlerischen Aspekten auf sich wieder zu lassen.



Wenn Form und Inhalt meines Schreibens Sie außerordentlich befremdet haben und wenn Sie mitteilen, daß ein derartiges Vorgehen bisher im Verkehr zwischen Reich und Ländern nicht üblich war, dann habe ich zu erwidern, daß mein Schreiben nur dem Zweck diente, die Aufmerksamkeit auf das Vorgehen, das von einem Mitglied des thüringischen Staatsministeriums befohlen wurde und das in der Tat bisher im Verkehr zwischen Reich und Ländern nicht üblich war. Meine Anfrage vom 17. Februar, die ich hinsichtlich der thüringischen Angelegenheiten an Herrn Reichsinnenminister Severing richtete, hat die thüringischen Angelegenheiten nicht zum Gegenstand der Untersuchung gemacht, sondern die thüringischen Angelegenheiten zum Gegenstand der Untersuchung gemacht.

Der thüringische Staatsminister hat aus Anlaß des Konflikts, mit dem Reichsinnenminister Severing in einem Schriftsatz an das thüringische Volk erklärt, in dem es u. a. heißt:
„Als am Anfang dieses Jahres die Landesregierung die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, gab sie in der ersten Erklärung, mit der sie vor das thüringische Volk trat, das Versprechen ab, mit jedem Willen und ohne Hehnen alles daran zu setzen, um die von der Mehrheit der Thüringer gewünschte politische Selbständigkeit unseres engeren Vaterlandes zu erhalten. Trotz mancher in den verschiedenen politischen Anschauungen der Sozialdemokraten begründeten Mahnungen überlassen und trotz mancher Zwischenfälle waren die Regierungs- und Regierungsgeschäfte einig und entschlossen, sich von der Einseitigkeit des Versprechens nicht abbringen und durch nichts brechen zu lassen.

Das die Frage angeht, ob die Voraussetzungen für die Gewährung eines Reichsausgleichs für Polizeizwecke von Seiten des thüringischen Staatsministeriums noch vorliegen, so erlaube ich mich damit einverstanden, Unterforschungen zur Klärung dieser Frage anzustellen.

Der thüringische Staatsminister hat aus Anlaß des Konflikts, mit dem Reichsinnenminister Severing in einem Schriftsatz an das thüringische Volk erklärt, in dem es u. a. heißt:
„Als am Anfang dieses Jahres die Landesregierung die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, gab sie in der ersten Erklärung, mit der sie vor das thüringische Volk trat, das Versprechen ab, mit jedem Willen und ohne Hehnen alles daran zu setzen, um die von der Mehrheit der Thüringer gewünschte politische Selbständigkeit unseres engeren Vaterlandes zu erhalten. Trotz mancher in den verschiedenen politischen Anschauungen der Sozialdemokraten begründeten Mahnungen überlassen und trotz mancher Zwischenfälle waren die Regierungs- und Regierungsgeschäfte einig und entschlossen, sich von der Einseitigkeit des Versprechens nicht abbringen und durch nichts brechen zu lassen.

Das die Frage angeht, ob die Voraussetzungen für die Gewährung eines Reichsausgleichs für Polizeizwecke von Seiten des thüringischen Staatsministeriums noch vorliegen, so erlaube ich mich damit einverstanden, Unterforschungen zur Klärung dieser Frage anzustellen.

Der thüringische Staatsminister hat aus Anlaß des Konflikts, mit dem Reichsinnenminister Severing in einem Schriftsatz an das thüringische Volk erklärt, in dem es u. a. heißt:
„Als am Anfang dieses Jahres die Landesregierung die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, gab sie in der ersten Erklärung, mit der sie vor das thüringische Volk trat, das Versprechen ab, mit jedem Willen und ohne Hehnen alles daran zu setzen, um die von der Mehrheit der Thüringer gewünschte politische Selbständigkeit unseres engeren Vaterlandes zu erhalten. Trotz mancher in den verschiedenen politischen Anschauungen der Sozialdemokraten begründeten Mahnungen überlassen und trotz mancher Zwischenfälle waren die Regierungs- und Regierungsgeschäfte einig und entschlossen, sich von der Einseitigkeit des Versprechens nicht abbringen und durch nichts brechen zu lassen.

Das die Frage angeht, ob die Voraussetzungen für die Gewährung eines Reichsausgleichs für Polizeizwecke von Seiten des thüringischen Staatsministeriums noch vorliegen, so erlaube ich mich damit einverstanden, Unterforschungen zur Klärung dieser Frage anzustellen.

Der thüringische Staatsminister hat aus Anlaß des Konflikts, mit dem Reichsinnenminister Severing in einem Schriftsatz an das thüringische Volk erklärt, in dem es u. a. heißt:
„Als am Anfang dieses Jahres die Landesregierung die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, gab sie in der ersten Erklärung, mit der sie vor das thüringische Volk trat, das Versprechen ab, mit jedem Willen und ohne Hehnen alles daran zu setzen, um die von der Mehrheit der Thüringer gewünschte politische Selbständigkeit unseres engeren Vaterlandes zu erhalten. Trotz mancher in den verschiedenen politischen Anschauungen der Sozialdemokraten begründeten Mahnungen überlassen und trotz mancher Zwischenfälle waren die Regierungs- und Regierungsgeschäfte einig und entschlossen, sich von der Einseitigkeit des Versprechens nicht abbringen und durch nichts brechen zu lassen.

Das die Frage angeht, ob die Voraussetzungen für die Gewährung eines Reichsausgleichs für Polizeizwecke von Seiten des thüringischen Staatsministeriums noch vorliegen, so erlaube ich mich damit einverstanden, Unterforschungen zur Klärung dieser Frage anzustellen.

Der thüringische Staatsminister hat aus Anlaß des Konflikts, mit dem Reichsinnenminister Severing in einem Schriftsatz an das thüringische Volk erklärt, in dem es u. a. heißt:
„Als am Anfang dieses Jahres die Landesregierung die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, gab sie in der ersten Erklärung, mit der sie vor das thüringische Volk trat, das Versprechen ab, mit jedem Willen und ohne Hehnen alles daran zu setzen, um die von der Mehrheit der Thüringer gewünschte politische Selbständigkeit unseres engeren Vaterlandes zu erhalten. Trotz mancher in den verschiedenen politischen Anschauungen der Sozialdemokraten begründeten Mahnungen überlassen und trotz mancher Zwischenfälle waren die Regierungs- und Regierungsgeschäfte einig und entschlossen, sich von der Einseitigkeit des Versprechens nicht abbringen und durch nichts brechen zu lassen.